

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



SV

Flassbeck, Heiner
Zehn Mythen der Krise

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp
978-3-518-06220-3

SV

edition suhrkamp digital

»Die Weltwirtschaft wurschtelt sich in die Zukunft, von Krisen getroffen wie von Meteoriten aus dem All. Auf der Strecke bleiben die einfachen Menschen – und am Ende die Demokratie.«

Die Turbulenzen um Banken, Staatsschulden und den Euro verwirren Politiker, Journalisten und Bürger – es hat den Anschein, als sei Hysterie ein Rohstoff der Kasinoökonomie. Dabei sind viele Mythen im Umlauf: Wird Deutschland zum Zahlmeister Europas? Leben wir wirklich über unsere Verhältnisse? Oder hat die Krise ganz andere, komplexere Ursachen? Heiner Flassbeck wirft einen anderen und provokanten Blick auf das ökonomische Desaster, das Europa derzeit in Atem hält.

Heiner Flassbeck, geboren 1950, befasst sich seit Jahrzehnten intensiv mit Wirtschafts- und Währungsfragen. Er war 1998/1999 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, wo er sich für eine effektivere Regulierung der Finanzmärkte einsetzte. Seit 2003 ist er Chefvolkswirt der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD). Mehr zur Person und aktuelle Stellungnahmen zu wirtschaftspolitischen Fragestellungen unter www.flassbeck.de.

Heiner Flassbeck
Zehn Mythen
der Krise

Suhrkamp

Umschlagphoto vorn: © Bloomberg/Getty Images,
Umschlagphoto hinten: © UNCTAD

edition suhrkamp digital

Erste Auflage 2012

© Suhrkamp Verlag Berlin 2012

Originalausgabe

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Photographie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere
das der Übersetzung, des öffentlichen Vortrags sowie der
Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen,
auch einzelner Teile.

Umschlag gestaltet nach einem Konzept von
Willy Fleckhaus: Bureau Johannes Erler

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-06220-3

1 2 3 4 5 6 – 17 16 15 14 13 12

Inhalt

VORWORT:

Ökonomische Krisen und ihre Mythen 7

MYTHOS I:

Finanzmärkte sind effizient und fördern unseren Wohlstand 11

MYTHOS II:

Die Regierungen haben erkannt, dass sie handeln müssen . . . 15

MYTHOS III:

Die Staatsschulden sind die eigentliche Ursache der Krise . . 18

MYTHOS IV:

Wir leben über unsere Verhältnisse 22

MYTHOS V:

Es gibt gar keine Eurokrise, Europa ist wegen der zu hohen Schulden einiger kleiner Länder in der Krise 26

MYTHOS VI:

Ganz unabhängig von den Ursachen: Die Staaten müssen sparen 34

MYTHOS VII:

Alle müssen ohne Schulden auskommen 38

MYTHOS VIII:

Die Notenbanken inflationieren die Wirtschaft, um die Staaten zu retten 40

MYTHOS IX:

Deutschland wird zum Zahlmeister Europas 42

MYTHOS X:

»Weiter so« ist eine Option für Deutschland 46

SCHLUSSWORT:

Ökonomische Krisen und ihre politischen Folgen 51

Literatur 61

VORWORT

Ökonomische Krisen und ihre Mythen

Gibt es eine ökonomische Krise, sind ihre Mythen nicht weit. Anders als in den Naturwissenschaften oder bei profanen, relativ ideologiefreien Berufen wie Bauingenieur oder Mediziner können der Ökonom und der von ihm beratene Politiker eine Krise nicht einfach vorurteilslos analysieren und daraus Schlussfolgerungen für angemessene Gegenmaßnahmen ziehen. Der traditionell denkende Wirtschaftswissenschaftler wie der dem Markt zugeneigte Politiker betrachten den Markt schon von vornherein als optimal funktionierenden Mechanismus. Deswegen gehen sie immer auf dieselbe eigentümliche Art und Weise vor, wenn sie mit einer Krise konfrontiert sind.

Für den »Mainstream-Ökonomen« stehen, anders als für den Naturwissenschaftler, die Ursachen von Schocks und Krisen, die man anhand objektiver Daten und mithilfe logischen Denkens ermitteln könnte, nicht im Vordergrund. Im Gegenteil: Sein Weltbild sagt ihm, dass er ohne große Umwege über die Faktenlage nach solchen Ursachen suchen sollte, die mit staatlichem Handeln im weitesten Sinne zu tun haben. Nach Problemen im Markt selbst zu suchen empfindet er als Zeitverschwendung, weil er ja weiß, dass der Markt effizient ist und nicht durch die Analyse eines Ökonomen verbessert werden kann. Der Mythos des unfehlbaren Marktes und des extrem fehlbaren Staates überlagert jeden Versuch einer objektiven Ursachenanalyse. Es ist, als würde ein Mediziner bei jeder Art von Krankheitsbild unterstellen, der innere Zustand des Patienten sei absolut perfekt, weshalb man sich auf die kleinsten äußeren Einwirkungen konzentrieren könne, statt die Symptome der Krankheit oder Wechselwirkungen im Körper zu untersuchen, um eine Diagnose zu stellen. Nur so ist zu erklären, dass die große Krise der Jahre 2008 ff., die auch 2012 längst nicht überwunden ist, bei den Wirtschaftswissenschaftlern nie zu einer

ernsthaften Auseinandersetzung mit deren Ursachen geführt hat. Außerdem wurden Faktoren, die im weitesten Sinne mit dem Staat zu tun haben, von der Mehrzahl der Ökonomen und Politiker extrem übergewichtet. Der erfolgreichste Schnellschluss dieser Art war die Vermutung, die amerikanische Zentralbank mit ihrer leichten Geldpolitik sei die eigentlich Schuldige. In Windeseile verbreitete sich dieser Mythos über die ganze Welt, weil er so wunderbar in das Muster des fehlbaren Staates passte, der die unfehlbaren Märkte in die Verdammnis hineinzieht. Dass kurz darauf fast alle Zentralbanken der Welt zur Bekämpfung der Krise den vermeintlich ursächlichen Fehler, nämlich massive Zinssenkungen, wiederholten und sogar noch verstärkten, wurde kaum zur Kenntnis genommen. Hätte man genau das noch einmal getan, wenn es wirklich die Ursache gewesen wäre? Wieso kann man in ökonomischen Fragen die schlichte Einsicht beiseiteschieben, wonach ein Faktor, der für die Krise verantwortlich war, nicht unisono als wichtigste Medizin eingesetzt werden sollte?

Nachdem die Geldpolitik als Krisenursache ausgedient hatte, wurden die staatlichen Schulden als die »eigentliche« Ursache der Krise entdeckt. Aus der »Finanzkrise« wurde die »Schuldenkrise«. Das war zwar angesichts der Tatsache, dass die staatlichen Schulden eindeutig erst im Gefolge der Krise gestiegen waren, vollkommen absurd, stand aber im Einklang mit dem üblichen Mythos (Mythos III), was dazu führte, dass die vereinten Medien, die Politik und der Großteil der so genannten Wissenschaft diese Position rasch zur herrschenden Lehre machten. Besonders konsequent wurde in Europa die tiefe systemische Krise der Währungsunion zur Schuldenkrise einiger weniger südeuropäischer Länder umgedeutet. Für die deutschen »Umdeuter« hatte dies den zusätzlichen Vorteil, dass sie ihre Hände in Unschuld waschen konnten und über ihre eigenen Fehler nicht diskutieren mussten. Dass dabei die Währungsunion in ihrem Kern schwer beschädigt und ihrer Funktionsfähigkeit für die Zukunft vollständig beraubt wurde, gehört zu den Kollateralschäden der ideologischen Vorgehensweise, blieb aber in der öffentlichen und politischen Diskussion vollkommen außen vor. Eine intensive öffentliche Auseinan-

dersetzung über den Sinn und Zweck einer Währungsunion war ja niemals – weder vor der Währungsunion noch kurz vor ihrem drohenden Ende – geführt worden, sollte wohl auch nie wirklich geführt werden.

Statt sich ernsthaft mit den Problemen auseinanderzusetzen, talkt sich die moderne Mediengesellschaft durch die Krise; man streift dabei zwar immer wieder einmal kurz die Oberfläche der Probleme, steigt dann allerdings, erschrocken ob der Abgründe, die man erblickt, sofort wieder in die warme ideologische Wolke auf. Geleitet wird die Mediengesellschaft dabei von einer Disziplin, die sich als Hohepriester des Glaubens an die Freiheit der Märkte versteht und diese ideologische Position mit Zähnen und Klauen, die Macht des Geldes allzeit hinter sich wissend, verteidigt. Nur Aufklärung, Entmythologisierung, kann hier eine Wende erzwingen.

Um erfolgreich zu sein, braucht die Aufklärung jedoch offenkundig die Krise. Erst wenn alle Versuche der herrschenden Lehre, die Grundlagen für erfolgreiches Wirtschaften wiederherzustellen, endgültig und grandios scheitern, hat die Aufklärung eine Chance. Dieser Augenblick könnte jetzt, wo die Hoffnung auf einen schnellen Aufschwung stirbt, gekommen sein. Eine Rezession mit steigenden Staatsdefiziten in einer Zeit, wo die Verminderung der Staatsdefizite oberstes Ziel aller Politik ist, schafft den Kairos für Entmythologisierung. Erst wenn alle Dämme brechen, hört man nicht mehr auf die Experten, die über Jahre erklärt haben, die Dämme seien absolut sicher.

MYTHOS I:

Finanzmärkte sind effizient und fördern unseren Wohlstand

Fast alle Ökonomen glauben, dass Finanzmärkte in der Regel effizient sind. Für effizient halten die Ökonomen einen Markt, der alle vorhandenen Informationen bei der Preisbildung berücksichtigt. Was aber sind alle vorhandenen Informationen? Schon hier ersetzt Fiktion das wirkliche Leben. Weit über neunzig Prozent aller Ökonomen dürften glauben, »alle Informationen« seien die Informationen, die alle Marktteilnehmer, sei es auf der Angebots- oder auf der Nachfrageseite, quasi mit sich herumtragen und mit deren Hilfe sie auf dem Markt ihr Angebot an Arbeit oder Gütern bzw. ihre Nachfrage nach beidem entfalten. Das ist ein schönes Modell. Man sieht förmlich die Marktteilnehmer vor sich, wie sie auf einem festlich geschmückten mittelalterlichen Platz hin und her gehen um herauszufinden, wie viel Nachfrage es heute für ihre Produkte gibt oder welchen Preis sie für die von ihnen gewünschten Güter und Dienstleistungen zahlen müssen.

Leider ist das schöne Bild nur ein Märchen. Es ist bereits auf vermachteten Arbeitsmärkten fundamental falsch, wo die Unternehmen bei hoher Arbeitslosigkeit die Löhne diktieren und nicht aushandeln. Es ist allerdings auch auf vielen Güter- und Dienstleistungsmärkten falsch, wo nicht reiner Wettbewerb die Preisbildung beherrscht, sondern wenige Unternehmen um die »Marktführerschaft« kämpfen oder den Kuchen gar unter sich aufteilen. Geradezu grotesk falsch ist es dann allerdings auf den Finanzmärkten, wo mit Informationen über die Zukunft gehandelt wird. Da wir nun mal keine verlässlichen Informationen über die Zukunft haben, sondern einzeln oder im Kollektiv raten, ist schon die Aussage, es gäbe so etwas wie »alle vorhandenen Informationen«, eine massive Irreführung.

An Finanzmärkten macht man in der Regel nicht dadurch Gewinn, dass man Dinge erwirbt, die man für den eigenen Lebensun-

terhalt oder die eigene Produktion braucht und verbraucht, sondern dadurch, dass man bestimmte Vermögenstitel (*assets*) günstig ein- und zu einem höheren Preis wieder verkauft. Ob es dabei um Anteilsscheine an Unternehmen, an Häusern, an Rohstofflösen oder an Währungen geht, ist unbedeutend. Der Akteur will ja nichts verbrauchen, sondern das gekaufte Papier nur an einen anderen Akteur weiterverkaufen (beide treffen Entscheidungen über ihren Vermögensbestand, nicht eine Verbrauchs- oder Produktionsentscheidung, die unmittelbar ihr Einkommen in der laufenden Periode berührt). Zudem macht es im Prinzip keinen Unterschied, ob man Papiere hält, deren Wert steigt, wenn das dem Papier zugrunde liegende *asset* an Wert gewinnt oder deren Wert dadurch steigt, dass ein *asset*, gegen dessen Wertverlust man sich versichert hat, an Wert verliert, wie bei den mittlerweile zu notorischer Berühmtheit gelangten *credit default swaps*.

Der Preis eines Vermögenstitels, etwa einer Aktie, steigt aber auf modernen Finanzmärkten, an denen enorme Mengen liquider Mittel zum Einsatz kommen, nicht dann, wenn es angesichts der Fundamentaldaten eines Unternehmens geboten wäre, sondern genau dann, wenn viele Finanzmarktteilnehmer überzeugt sind, dass der Preis dieser Aktie steigen wird, oder wenn sie an eine allgemeine Hausse am Aktienmarkt glauben. Die Informationen, die man braucht, um an diesem Markt erfolgreich zu sein, sind folglich nicht Informationen über die individuellen fundamentalen Bedürfnisse oder Leistungen der Marktteilnehmer, sondern Informationen über die Informationen, die voraussichtlich die Erwartungen der Masse der Marktteilnehmer in ihrer Kaufentscheidung leiten werden.

Genau an dieser Stelle bricht das Dogma der effizienten Märkte in sich zusammen. Es ist nun nämlich rational, Vermögenstitel an einem Markt nur deswegen zu kaufen, weil man erwartet, dass andere das Gleiche tun werden – selbst wenn man eigentlich der Überzeugung ist, dass sich die Fundamentaldaten, die dem Vermögenstitel zugrunde liegen, verschlechtern. Kommt es zu einer solchen Herdenbildung, produziert der Finanzmarkt systematisch falsche Preise, da diese mit Angebot und Nachfrage an den

realen Märkten nichts mehr zu tun haben. Herdenbildung ist aber der Normalfall an den »Märkten«, und folglich sind die Preise dauerhaft verzerrt.

Der Punkt, den weder die Politiker noch die Ökonomen verstehen, ist dabei eigentlich trivial: An Finanzmärkten, wo von allen Teilnehmern die gleichen Informationen ausgewertet und bewertet werden, ist Herdenbildung absolut rational. Weil die Herde dadurch Gewinne machen kann, dass alle in die gleiche Richtung rennen, muss der normale Marktteilnehmer folgen, will er nicht unter die Hufe kommen. Den berühmten einsamen Wolf, der gegen die Herde wettet, mag es ab und an geben, er spielt aber quantitativ keine Rolle. Die sich selbst erfüllenden Erwartungen der Herde und die falschen Preise kann er niemals verhindern. Deutlicher als an allen anderen Märkten wird das bei Währungsspekulationen sichtbar, wo die Herde die Wechselkurse nachweislich über Jahre gegen die Fundamentaldaten (also vor allem die Preis- und Zinsdifferenzen) und damit in die falsche Richtung bewegen kann. Das richtet fürchterlichen Schaden in der Realwirtschaft an, weil ganze Sektoren der Wirtschaft quasi über Nacht ihre weltwirtschaftlichen Positionen räumen und ihre Arbeiter entlassen müssen. Island und Ungarn sind jüngere Beispiele für dieses Muster, das seit dem Ende eines globalen Währungssystems und unter dem Diktat des Marktes eine Spur der Verwüstung um die Erde gezogen hat. Aber auch an Rohstoffmärkten, einschließlich der Märkte für Grundnahrungsmittel, lassen sich solche Herdenphänomene mit all ihren negativen Folgen aufzeigen. Der Anstieg der Rohstoffpreise und die darauf folgenden Revolten in vielen Ländern sind ein eindrückliches Beispiel dafür (Flassbeck 2010; UNCTAD 2011).

Die Mainstream-Ökonomen und die Politik haben sich über diesen Punkt, der für das Dogma der immer richtigen Preise tödlich ist, mit leichter Hand hinweggesetzt. Sie haben schlicht behauptet, der Markt stabilisiere die Preise der Vermögenstitel. Ein Preis oberhalb oder unterhalb des Gleichgewichtspreises führe dazu, dass jeweils andere Marktteilnehmer kaufen oder verkaufen, weil sie erwarten, dass der Preis wieder zum Gleichgewichtspreis

zurückkehrt. Das aber ist falsch, weil niemand den Gleichgewichtspreis kennt, weshalb auch niemand den unbekanntem Gleichgewichtspreis stabilisieren kann. Die realen Märkte können ihn nicht bilden, weil sie zu unbedeutend sind, und die Finanzmärkte können ihn nicht finden, weil die Teilnehmer dort ihre Entscheidungen auf der Basis von Informationen über das Verhalten der blinden Herde treffen.

Man kann die Fehlfunktion der Finanzmärkte auf die einfache Formel bringen, dass normale Märkte Knappheit beseitigen, also zu Preissenkungen tendieren, während Finanzmärkte Knappheit schaffen, also zu Preiserhöhungen tendieren. An einem normalen Markt wird ein Investor belohnt, wenn er als Erster eine Knappheit in Gestalt »zu hoher Preise« erkennt und beseitigt; an den Finanzmärkten hingegen wird der Investor belohnt, dem es gelingt, möglichst viele »Investoren« in einen Markt zu locken und damit Preiserhöhungen in Gang zu setzen. Seine Kunst ist es nur, als Erster wieder auszusteigen, also rechtzeitig zu deinvestieren.

MYTHOS II:

Die Regierungen haben erkannt, dass sie handeln müssen

Diesen Mythos wollen wir gerne glauben, weil wir ja immer noch vermuten, demokratisch gewählte Regierungen fühlten sich verpflichtet, die großen Probleme in ihrem Verantwortungsbereich zu verstehen und zu bewältigen. Doch genau das ist ein Irrtum. Die Regierungen sind selbst Teil des Verdrängungskomplexes, den ich oben schon geschildert habe. Regierungen bzw. die darin handelnden Personen haben ihre eigenen Vorurteile, stehen unter dem massiven Druck der Lobbys und sind immer in erheblichem Maße abhängig von der Position, die der Großteil der »Experten« in einer bestimmten Frage einnimmt. Regierungen, und zwar insbesondere wenn sie in Foren der internationalen Kooperation wie die EU oder die G20 eingebunden sind, tendieren dazu, nur das minimal Nötige zu tun, um eine Krise zu beenden oder um zumindest den Anschein zu erwecken, sie hätten etwas getan, um die Probleme in den Griff zu bekommen.

Das gilt auch für die Krise des Jahres 2008, die das Potenzial hatte, schon unmittelbar nach ihrem Ausbruch zur größten Krise des Kapitalismus überhaupt zu werden, wenn man nicht in einem kurzen lichten Moment erkannt hätte, dass man den Sturz in eine neue Große Depression nur mit Mitteln verhindern konnte, die bis dahin mit dem Bannfluch »Keynesianismus« belegt waren. Zwar hatte man diese Lehre vom aktiven Staat für endgültig überwunden gehalten, als in den Regierungszentralen jedoch Panik ausbrach, stellte man fest, dass es tatsächlich kein anderes Mittel gab, um das Feuer zu löschen. Zweieinhalb Jahre später, als sich im Sommer 2011 zeigte, dass die Weltkonjunktur erneut auf eine Rezession zusteuerte, war das freilich alles schon wieder vergessen, und das Dogma des Schuldenabbaus dominierte trotz der bedrohlichen Krisensignale.

Während also hinsichtlich der Bekämpfung der Rezession, die der Finanzkrise folgte, rasch übereinstimmende Konsequenzen in Form keynesianischer Finanzpolitik (also Anregung der Konjunktur über höhere Ausgaben oder geringere Einnahmen bei insgesamt höherer Verschuldung der Staaten) gezogen wurden, verblieb die Bekämpfung der eigentlichen Ursache der Krise, nämlich des Herdentriebs an den Finanzmärkten, im Verbalen. Zwar wurde allenthalben die zu große »Risikobereitschaft« der Investmentbanker und Hedgefonds-Manager beklagt, doch bereits im Frühjahr 2009 wurde diesen wieder erlaubt, an den entscheidenden Spekulationsmärkten neue Blasen aufzupumpen. Als diese im Sommer 2011 zu platzen begannen, war plötzlich wieder von Bankenrettung die Rede, weil die Scheinerträge der beiden Vorjahre, die so heftig bejubelt worden waren, wie Schnee in der Frühlingssonne schmolzen und damit offenlegten, dass im Hinblick auf eine Neustrukturierung des Finanzwesens nichts geschehen war.

Eine ernst zu nehmende und breite politische Diskussion darüber, welche Schäden diese Wetten, also das permanente Zocken der Herden aufgrund der dadurch verzerrten Preise für die Gesamtwirtschaft erzeugt, gibt es bis heute nicht einmal im Ansatz. Von »Regulierung« oder gar »Re-Regulierung« wird gesprochen, aber höchstens in dem Sinne, dass man bereit ist, etwas Sand ins Getriebe der Märkte zu werfen. Darüber, ob diese wirtschaftliche Aktivität einen gesellschaftlichen Nutzen stiftet, der es rechtfertigen könnte, das von ihr für die Allgemeinheit zweifellos ausgehende Risiko hinzunehmen, redet allerdings niemand. Von der Erkenntnis, dass diese Märkte gesellschaftlichen Schaden anrichten, weil sie den Grund für ihren krisenhaften Zusammenbruch selbst durch das Herdenverhalten schaffen, ist die Politik meilenweit entfernt.

Das zeigt das Muster der systematischen politischen Nicht-Bewältigung solcher ökonomischen Vorgänge deutlich auf: Die Politik sowie die »Wissenschaft« springen unmittelbar und eher intuitiv auf harmlose oder politisch wenig brisante Nebenkriegsschauplätze, um dort publikumswirksam Aktionismus zu demonstrieren, während die eigentliche Misere links liegen gelassen

wird. Und in der Tat, warum sollte ein Politiker, der für vier Jahre gewählt ist, sich die Bewältigung einer Herkulesaufgabe auf die Fahnen schreiben, die vermutlich zehn oder zwanzig Jahre in Anspruch nehmen und damit seine politische Existenz bei Weitem überdauern würde? Ist es da nicht rationaler, sich auf eher randständige, in der Öffentlichkeit aber als bedeutend verkaufte Aspekte zu konzentrieren und dabei Aktionismus in der Hoffnung an den Tag zu legen, dass populistisches oder rein symbolisches Handeln die Wiederwahl sichert und im Übrigen alles schon irgendwie weitergehen wird?

Um ein neueres und extremes Beispiel zu nennen: Die G20, also die Gruppe der größten Industrie- und Entwicklungsländer, hat es geschafft, im November 2011 auf die Herausforderung volatiler, kurzfristiger Kapitalströme mit einer Aufforderung an die Entwicklungsländer zu reagieren, die darauf hinausläuft, ihre Kapitalmärkte auszubauen, also zu vertiefen. Das ist aber geradezu eine Einladung an die Kapitalströme und würde das Problem, die Überbewertung der Währungen vieler Entwicklungsländer, noch verschärfen. Dass sich zur gleichen Zeit ein Industrieland mit sehr tiefem Kapitalmarkt, die Schweiz nämlich, der Kapitalzuströme nur durch eine extreme Intervention der Zentralbank zu erwehren wusste, wurde von den G20 nicht einmal zur Kenntnis genommen. Nur mit dieser Neigung zum Marginalismus ist es zu erklären, dass die Weltwirtschaft im Jahr 2012 in Gefahr ist, in die sage und schreibe zehnte große Finanzkrise der letzten dreißig Jahre¹ zu schlittern, ohne dass man bei der Analyse der Ursachen auch nur einen Millimeter weitergekommen wäre.

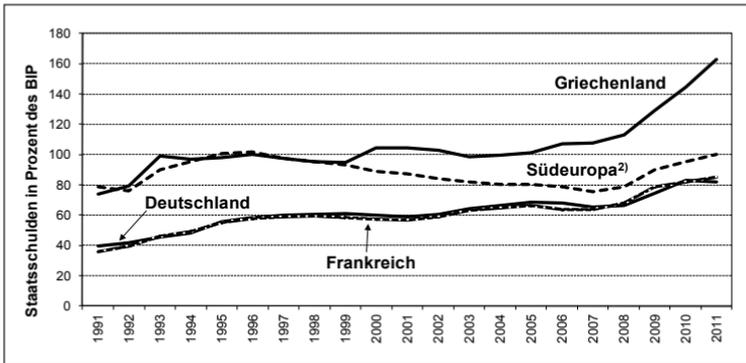
MYTHOS III:

Die Staatsschulden sind die eigentliche Ursache der Krise

Zum skizzierten Muster der bewussten oder unbewussten Nicht-Problemlösung passt, dass drei Jahre nach dem Beginn des Prozesses, der zum kompletten Zusammenbruch des Weltfinanzsystems hätte führen können, die staatlichen Schulden immer stärker als die »eigentliche« Ursache in den Vordergrund gerückt werden – und zwar nicht nur für die Euro-, sondern auch für die globale Finanzkrise.² Das ist zwar in beiden Fällen in der Sache vollkommen abwegig (Grafiken 1 und 2), weil sich glasklar nachweisen lässt, dass die Eurokrise andere Ursachen hat (siehe Mythos V) und dass weltweit die Schulden eindeutig erst nach dem Ausbruch der Finanzkrise und wegen der von ihr ausgelösten Rezession sowie der Rettung von Banken gestiegen sind.

Aber das Muster dieser Scheinanalyse ist politisch und ideologisch einfach unschlagbar attraktiv. Es verschafft dem Politiker sozusagen ein einfaches Ziel für sein politisches Handeln, es erspart ihm die Auseinandersetzung mit komplexen Sachverhalten und anderen wirtschaftlichen Gruppen, und es gibt ihm eine politische Botschaft an die Hand, die er seinen Wählern quer durch alle Schichten einfach und überzeugend erklären kann.

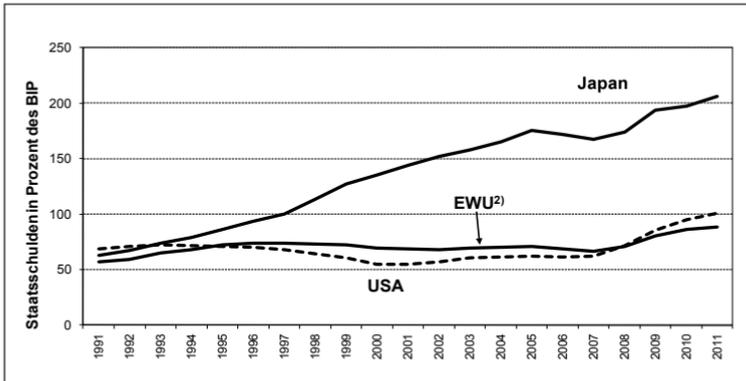
Hinzu kommt, wie oben schon erwähnt, dass Staatsschulden den großen »Vorteil« haben, die Schuld wieder dem Staat in die Schuhe schieben und den Markt reinwaschen zu können, weshalb dieser Mythos perfekt zu den Programmen aller konservativen und liberalen Parteien passt. Zusammen mit dem bereits viel früher etablierten Dogma, nach dem Steuererhöhungen für alle Zeiten *verboten*, Steuersenkungen jedoch jederzeit *geboten* sind, erzwingt der Mythos so das permanente Kürzen staatlicher Ausgaben, was natürlich darauf hinausläuft, den vom Staat abhängigen, weniger begüterten Teil der Bevölkerung noch weiter zu



Grafik 1: Staatsschulden¹⁾ in Europa

Anmerkungen: ¹⁾ Schuldenstand des Staates in Prozent des Bruttoinlandsprodukts; ²⁾ Italien, Spanien, Portugal.

Quellen: AMECO Datenbank (Stand: 11/2011); Werte 2011: Schätzung der EU-Kommission.



Grafik 2: Staatsschulden im internationalen Vergleich¹⁾

Anmerkungen: ¹⁾ Schuldenstand des Staates in Prozent des Bruttoinlandsprodukts; ²⁾ zwölf Länder: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien.

Quellen: AMECO Datenbank (Stand: 11/2011); Werte 2011: Schätzung der EU-Kommission.

schwächen. Während also die gewählten Volksvertreter den staatlichen Institutionen den Schwarzen Peter zuschieben, bleiben alle anderen Regelungen zur Bändigung der Finanzmärkte oder zur Behebung wirtschaftspolitischer Schwachpunkte vage. Und die Krisenursachen selbst geht niemand effektiv an. So bildet beispielsweise die deutsche Forderung nach einer in der Verfassung verankerten »Schuldenbremse« für alle Länder der Eurozone den Höhepunkt dieser Verdrängungsstrategie.

Was diejenigen, die solch einfachen Mustern – aus welchen Gründen auch immer – folgen, jedoch bei Weitem unterschätzen, sind die systemischen Wirkungen, die ihr undifferenziertes, allein gegen den Staat gerichtetes Handeln zeitigt. Es ist keine Übertreibung zu sagen: Sie zerstören die Grundlagen für eine funktionierende Marktwirtschaft. Nehmen wir ein einfaches Beispiel: Der gute deutsche Haushaltspolitiker sorgt für die Zukunft vor, indem er spart und den Gürtel enger schnallt, wenn es einmal schlecht läuft. Er wird unterstützt von vielen, die fest daran glauben, dass buchstäblich jeder seine Ausgaben und Einnahmen ausbalancieren muss. Das ist aber sogar im Lichte der herrschenden ökonomischen Lehre falsch. Wenn in einer Wirtschaft investiert werden soll – und in welcher sollte nicht investiert werden? –, würde selbst diese Lehre sagen, man müsse unbalanciert vorgehen, einer müsse also sparen, sprich: weniger ausgeben als einnehmen, und ein anderer müsse sich verschulden, um zu investieren.

Suggeriert man den Bürgern jedoch, dass sie zwar sparen dürfen, die anderen aber gleichwohl ihre Einnahmen und Ausgaben ausgleichen sollen, dann ist dies gefährlicher Unsinn, weil man damit ein Rezept verordnet, das zwingend darauf hinausläuft, dass die Wirtschaft in einer schweren Rezession und einer immerwährenden Schrumpfung versinkt.³ Genau diese Botschaft von den bösen Schulden und dem guten Sparen aber wird Abend für Abend verbreitet – angefangen beim Börsenexperten vor der ersten Nachrichtensendung, über die Anchormen der Nachrichtenmagazine bis in die letzte Talkshow. Der Bürger, der sich gerne informieren möchte, wird mit einem schrecklichen Gebräu aus wirtschaftlichem Halbwissen und ideologisch vorgekochter Brühe übergos-